

Auf Draht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!

Herausgeber: DKP München und Gruppe KAZ

21. Mai 2019

Antifaschismus: AfD und EVG – das geht nicht zusammen	3
SPD: Wohin geht die alte Tante? Zum Konzept für die Zukunft des Sozialstaats	5
EU-Wahl I: Die europäische Idee und deutsches Großmachtstreben.....	6
EU-Wahl II: Ist die Europäische Union wirklich ein Friedensprojekt?	7



Kein Heil im Homeoffice

Arbeitsminister Heil will den zunehmenden Leistungsdruck auf die Kolleginnen und Kollegen und die damit verbundenen Einschränkungen mindern. Aber seine Ideen werden das Gegenteil bewirken. Seite 4

„BMW – ein genossenschaftlicher Betrieb!“

Ein Gespenst geht um in Europa. Diesmal in Deutschland. Es trägt Kapuzenpulli und ist 29 Jahre alt. Es ist Kevin Kühnert, Vorsitzender der Jungsozialisten in der SPD. Was er sagt, ist mutig und okay.

Ihm sei „weniger wichtig, ob auf dem Klingelschild von BMW ‚genossenschaftlicher Automobilbetrieb‘ steht oder ob das Kollektiv entscheidet, dass es BMW in der Form nicht mehr braucht“. Die Verteilung der Profite müsse demokratisch kontrolliert werden. „Das schließt (...) kapitalistische Eigentümer“ aus.¹ Gut so!

Wir ergänzen, dass das Kollektiv, die Kollegen, möglicherweise entscheidet, dass statt Premiumschlitten, die eh nicht erschwinglich sind, der öffentliche Personenverkehr ausgebaut und automatisiert wird. Wissen und Können ist in dieser Fabrik vorhanden. Und demokratisch ist, wenn die Kollegen, die alle Werte schaffen, auch darüber bestimmen können.

Die BMW-Group ist in ihren Grundfesten erschüttert. Aufgeregt versichern Spre-

cher von BMW, die Rechtsform der Aktiengesellschaft sei ja schon „eine Art Kollektivierung“. Entschieden wird nach der Größe des Aktienpakets. Das ist der Eigentumsausweis, die Rechtsgrundlage der Hauptaktionärin Klatten (47 Prozent, Quandt-Familie) und der anderen Aktionäre für die Gier nach dem Profit. Also der privaten Aneignung von gesellschaftlich geschaffenen Reichtum.

Ist die SPD, Kevins Partei, eine sozialistische? Nein. Sie tut alles, um Gefahr vom Kapitalismus abzuwenden, um sozialistische Ideen zu verhindern. Dafür setzt sie auf die Zusammenarbeit mit dem Kapital statt auf die arbeitenden Menschen mit ihren Sorgen und Nöten. Das ist nicht zuletzt der Grund für die sinkenden Wählerstimmen. Allerdings hat die SPD einen

nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Gewerkschaften mittels des Funktionsapparates, vor allem in der IG Metall. Da hört man Losungen wie „Wir gestalten mit“ oder „Gute Arbeit“, doch Klassenkampf steht nicht auf ihren Fahnen.

Der Betriebsratsvorsitzende und Stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende von BMW, Schoch, meinte zu Kevins Ansagen, die SPD sei nun „für Arbeiter deutscher Unternehmen nicht mehr wählbar“. ² Doch Kevin kennt auch die Satzung der IG Metall, der Schoch angehört, und konterte. Er verweist auf § 2, Punkt 4, wo es heißt: „Überführung von Schlüsselindustrien und anderen Markt- und wirtschaftsbherrschenden Unternehmungen in Gemeinei-

Lesen Sie weiter auf Seite 2

Kurz & bündig

Siemens-Chef Josef „Joe“ Kaeser hatte noch im Januar im Handelsblatt gesülzt: „Es geht uns eben auch nicht allein um den maximalen kurzfristigen sogenannten Shareholder-Value.“ (Handelsblatt, 28. Januar 2019) Jetzt legt er die Karten auf den Tisch: Es geht um den maximalen „Shareholder Value“, den Gewinn für die Aktionäre, angeführt vom Siemens-Clan, und um sonst nichts. Geschäftsfelder wie die Energiesparte, die nicht den maximalen Profit jetzt und in der Zukunft bringen, werden abgestoßen. Siemens konzentriert sich auf „Digitale Industrien“, deren Chef 17 bis 23 Prozent Rendite verspricht und „Intelligente Infrastrukturen“, von denen 13 bis 15 Prozent erwartet werden. Mehr als 3.000 Kollegen in der Energiesparte sind betroffen. Da müssen Interessenkonflikte bei der Restrukturierung, altmodisch Klassenkampf genannt, in bewährter Siemens-Art ausgelagert werden.

400 Millionen mehr für die Aktionäre von **Audi**! Seit Monaten spricht man bei Audi von Stellenabbau, zu viel Speck und Schichtentfall. Kolleginnen und Kollegen, die jeden Tag die Milliarden Gewinne erarbeiten, sollen sich auf harte Zeiten einstellen und müssen um ihren Lohn und ihren Arbeitsplatz bangen. Im Gegensatz dazu haben sich die Aktionäre kurzerhand ihre Dividende um 20 Prozent oder 400 Millionen Euro erhöht. Das wäre ja noch schöner, wenn Porsche, Piech und die Scheichs auf etwas verzichten müssten. Die lassen lieber andere für sich arbeiten und stecken sich die Taschen voll.

Dass die Umstellung von Verbrennungsmotoren auf Elektromotoren Arbeitsplätze kosten wird, hat nun auch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vorgerechnet. In der Studie heißt es: „Im Jahr 2035 werden knapp 114.000 Plätze aufgrund der Umstellung auf den Elektroantrieb bei PKWs verloren gegangen sein.“ Im Fahrzeugbau dürften nach Angaben des Instituts 83.000 Arbeitsplätze wegfallen. „Andere Branchen geraten ebenfalls in Mitleidenschaft und müssen über 30.000 Stellen abbauen“, erwarten die Forscherinnen und Forscher. 5.000 Arbeitsplätze sollen bei **Ford** wegfallen. Mitte März hat der Volkswagenkonzern bei seiner Kernmarke **VW** und bei seiner Tochter **Audi** den Abbau Tausender Arbeitsplätze angekündigt. Großaktionär Wolfgang Porsche erklärte am Rande des Genfer Autosalons, dass die Verwaltungskosten im Unternehmen zu hoch seien und die Fertigungstiefe auf den Prüfstand müsse, also Ausgliederungen von Werksbereichen anstehen. Sowohl die Kernmarke VW als auch die Tochter Audi seien nicht flexibel genug. Das Handelsblatt berichtete, der Vorstand um VW-Chef Herbert Diess wolle von 2023 an zusätzlich 5,9 Milliarden Euro jährlich einsparen. Dafür könnten bis dahin 5.000 Arbeitsplätze in der Verwaltung und 7.000 Stellen insgesamt wegfallen.

BMW will in den nächsten vier Jahren 12 Milliarden sparen. Wie, lässt sich leicht erahnen.



Vorsicht: Die Kühnerts kommen. Ist denn der Sozialismus schon im Anmarsch?

► Fortsetzung von Seite 1

„BMW – ein genossenschaftlicher Betrieb!“

gentum“.³ Von diesem Ziel ist die IG Metall allerdings weit entfernt.

Um dem, was Kevin im Kopf hat und was in der IG Metall-Satzung steht, näher zu kommen, bedarf es großer Anstrengungen. Sozialisierung, Kollektivierung, Enteignung ist nur machbar, wenn den 200 superreichen Familien in Deutschland die Verfügungsgewalt über die großen Konzerne entzogen wird. Eine Gesellschaft, die sich bewusst und solidarisch auf diesen Weg begibt, ist in der Lage, Arbeitskraft und Produktionsmittel vernünftig einzusetzen. Dann können Gesundheitswesen, Bildung, Wohnraum und Infrastruktur im Interesse der arbeitenden Menschen gestaltet werden. Das nennen wir Sozialismus.

Der bevorstehende Umbruch in der Autoindustrie schreit geradezu nach Enteignung! Es zeigt sich: Die Kapitalisten können es nicht! Nur ein Schlaglicht auf VW. Der Konzern hat für 77 Mrd. Euro Schrott

produziert. Seine Diesel-PKW sind wertlos, weil unverkäuflich.⁴ Nun die „Transformation“ zum Elektrokarren. Das wird zig Tausende Arbeitsplätze vernichten. Das gilt auch für die anderen Autokonzerne wie Daimler und BMW.

Die kommenden Jahre werden in der Autoindustrie die Kampfkraft der Beschäftigten fordern. Die schlimmsten Auswirkungen müssen aufgefangen werden mit einer radikalen Arbeitszeitverkürzung – 30-Stunden-Woche! Ohne Streik wird es nicht gehen.

Und erst im Streik können wir unsere Stärke erkennen, auch, ob wir die Frage nach Enteignung machtvoll stellen können. ■ *krr*

1 alle Zitate aus Süddeutscher Zeitung, 3. Mai 2019

2 Wirtschaftswoche, 3. Mai 2019

3 ARD-Talkshow „Anne Will“, 5. Mai 2019

4 Süddeutsche Zeitung, 3. Mai 2019

Kevin Kühnert hat auch Ideen zum Wohnen: „Optimal wäre, wenn es keine privaten Vermietungen mehr gäbe“. Dieses Gespenst geht schon länger um in Berlin. Dort fordern die Bewohner, die wie in München unter dem Mietwahnsinn leiden: Enteignung der Wohnungsbaukonzerne! Wir fügen hinzu: Schluss mit der Bodenspekulation, die die Mietpreise treibt! Grund und Boden in gesellschaftliches Eigentum!

Auch die 25-jährige **Verena Bahlsen** (die Kekserbin) gibt sich radikal, aber in die umgekehrte Richtung von Kevin: „Ich bin Kapitalistin. Mir gehört ein Viertel von Bahlsen, das ist toll. Ich will mir 'ne Segel-Yacht kaufen und solche Sachen.“ Und sie legt nach: „Ich wollte früher unbedingt rebellieren und kreative Schriftstellerin werden. Doch dann habe ich gemerkt, was die Wirtschaft für ein Hammer-Vehikel ist.“ (Handelsblatt, 8. Mai 2019) Dumm wie ein Keks!



Das leibhaftige Gespenst



Faschistenführer Björn Höcke wollte sich an in eine Aktion für den Erhalt der Autofabrik in Eisenach mischen – die Opelner und Vertrauensleute drängten ihn und etwa ein halbes Dutzend andere AfD-Anhänger jedoch immer weiter von der Kundgebung ab. „Wir haben keinerlei inhaltliche Schnittmenge mit der rassistischen Politik der AfD. Das haben die Kolleginnen und Kollegen ... eindrucksvoll gezeigt, darauf sind wir sehr stolz“, sagte Michael Ebenau von der Bezirksleitung der IG Metall. Die Solidarität der AfD werde nicht gebraucht, erklärte auch der Betriebsrat.

AfD und EVG – das geht nicht zusammen

Die Eisenbahner-Gewerkschaft EVG wirft AfD-Mitglieder raus – gut so. Wann folgen IG Metall und Verdi, GEW und IG Bau, IG Chemie und Gewerkschaft NGG?

Vor wenigen Wochen gab ein Mitglied und Betriebsrat der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) in Sachsen-Anhalt seinen Beitritt zur AfD und seine Kandidatur für diese Organisation zu den nächsten Wahlen bekannt. Ebenso veröffentlichte er gleichzeitig seine Vorstellungen, in denen er rassistische und antidemokratische Haltungen deutlich machte.

Die EVG in Sachsen-Anhalt reagierte sofort und erklärte auf ihrer Landeskonferenz, dass dies im Widerspruch zu den Grundsätzen und Zielen der EVG stehe. Diesem folgte die Landeskonferenz der EVG in Berlin umgehend. Hinzu kam ein zweiter Fall eines EVG-Mitglieds in Bayern. Auf der Sitzung des Bundesvorstands der EVG wurde daraufhin in der letzten Woche eine Unvereinbarkeitserklärung der EVG verabschiedet, in der deutlich bestimmt ist, dass eine gleichzeitige Mitgliedschaft von AfD-Mitgliedern in der EVG unvereinbar mit deren Grundwerten ist. Diese Werte sind in den Dokumenten der EVG festgeschrieben. In diesen ist festgelegt, dass die EVG für die Weiterentwicklung der Demokratisierung von Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung eintritt und zu den Grundwerten Vielfalt, Respekt und Wertschätzung ge-

hört. Die Gewerkschaft fördert aktiv die Chancengleichheit und Teilhabe in Gesellschaft, Betrieb und Gewerkschaft unabhängig von Alter, Geschlecht, sexueller Identität, Behinderung, ethnischer Herkunft und Nationalität, Religion und Weltanschauung. In der Erklärung heißt es: „Der Bundesvorstand der EVG stellt fest, dass die AfD und andere rechtspopulistische bzw. rechtsextreme Parteien sowie Gruppierungen den Positionen und Zielen der EVG unvereinbar gegenüberstehen. Diese Parteien und Gruppierungen, die sich zudem direkt oder indirekt arbeitnehmer- und/oder gewerkschaftsfeindlich verhalten, können kein politischer Partner der EVG sein. Ein öffentliches Eintreten für die AfD und ihre Programmatik bzw. andere rechtspopulistische oder rechtsextreme Parteien oder Gruppierungen ist ein Verhalten, das den Zielen und der Satzung der EVG entgegensteht und dem Ansehen der Gewerkschaft schadet.“

Darüber hinaus fordert der Bundesvorstand EVG-Mitglieder, die diesen Gruppierungen angehören, zum Austritt aus der EVG auf. Im Falle der beiden Funktionäre wurde zeitgleich ein Ausschlussverfahren eingeleitet.

Diese Reaktion steht in einer Linie mit den Aktivitäten der EVG. Der Bundesvor-

sitzende Alexander Kirchner unterstrich das Engagement der EVG gegen „rechtsextremistische und rassistische Umtriebe“. So wurden im Bahnkonzern Azubi-Projekte gegen Hass und Gewalt initiiert, in der Bildungsarbeit Gedenkstättenfahrten und Seminare durchgeführt. Auch die Unterstützung des Kumpelvereins „Gelbe Hand“ zählt zu diesen Aktivitäten. Über Letzteren erhalten Betriebsräte und Gewerkschafter Handlungshilfen, wie mit rechten Entwicklungen im Betrieb umzugehen ist. Schon in der Vergangenheit wurden Mitglieder von Nazi-Parteien aus der Eisenbahnergewerkschaft ausgeschlossen. „Wer bestimmte Grenzen überschreitet“, so Alexander Kirchner, „gehört nicht mehr zu uns.“ Kirchner machte aber auch deutlich, dass er Handlungsbedarf sieht: „Wir müssen uns um die Themen der Menschen kümmern. Gute Arbeit, mehr Tarifbindung, soziale Gerechtigkeit, bezahlbares Wohnen – das sind die Themen, die die Menschen interessieren und die wir aufgreifen müssen.“

Rainer Perschewski
aus *Unsere Zeit*, Zeitung der DKP,
vom 12. April 2019



Homeoffice – auch für die Kinder nervig!

Kein Heil im Homeoffice

Arbeitsminister Hubertus Heil will den zunehmenden Leistungsdruck auf die Kolleginnen und Kollegen mindern. Aber seine Ideen werden das Gegenteil bewirken.

Das Kind ist krank. Was tun? Ich will meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Call-Center jetzt zum Monatsanfang nicht im Stich lassen. Ich bin Teil eines wichtigen Projektteams. Am Freitag muss die Powerpoint-Präsentation fertig sein. Aber die Toilettenspülung läuft, ich brauche dringend einen Handwerker. Die Lehrerin ruft an. Der Sohnemann macht Stress in der Schule. Also nix wie weg. Und überhaupt würde sich mit einem Recht auf Homeoffice eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie erreichen lassen. Meint zumindest der Hubertus Heil, seines Zeichens für die SPD als Arbeitsminister in Berlin berufstätig: „Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, mehr Spielraum für Familienzeit zu schaffen.“

Aus Kapitalistensicht ist nur dumm, dass es für sie als Eigentümer des Arbeitsplatzes eine Fürsorgepflicht gibt. Der Kapitalist ist, und das ist gut so, für die Sicherheit am Arbeitsplatz verantwortlich. Und wenn denn nun der Arbeitsplatz zu Hause in den eigenen vier Wänden ist, dann ist er natürlich auch für diesen Arbeitsplatz verantwortlich. Doch der Heil verspricht: „Ich werde ein Recht (...) auf den Weg bringen, das die Balance von Sicherheit

und Flexibilität wahrt.“ Es lässt Schlimmes ahnen, wenn ein Sozialdemokrat mal wieder der Wirklichkeit hinterherhinkt. Denn längst haben sich kapitalistengerechte Formen eingenistet, die uns Freiheit in der Lohnarbeit versprechen. Es ist ja wirklich toll, in der U-Bahn mal schnell die Mails vom vorherigen Abend zu checken. Es ist ja wirklich klasse, beim Warten auf den Flieger mal schnell den Laptop aufzu-

gar eine Gefährdungsbeurteilung für die Stammkneipe erstellen kann, wird er seiner Fürsorgepflicht entbunden. „Flexible Work“ heißt das Zauberargument. Das Unfallrisiko wird mit Hilfe einer Betriebsvereinbarung auf den Werkträgern übertragen! Jetzt muss nur noch das Arbeitszeitgesetz geändert werden, und die Welt ist schrankenlos frei. Sehr zur Freude des Kapitalisten.

Ein Urteil schreckt die Kapitalisten: „Arbeitszeit muss genau erfasst werden“, stellt der Europäische Gerichtshof lapidar fest. „Die Entscheidung des EuGH zur Arbeitszeiterfassung wirkt wie aus der Zeit gefallen,“ heißt es bei den Unternehmern. „Wir sind gegen die generelle Wiedereinführung der Stechuhr im 21. Jahrhundert.“ Klar, sie wollen weiterhin millionenfachen Betrug begehen. 1.080.000.000 Stunden pressten sie 2018 (nach www.faz.net vom 30. November 2018) aus den Kolleginnen und Kollegen – unbezahlt. Nur zum Mindestlohn vergütet sind das fast 10 Milliarden Euro. Die Dunkelziffer dürfte wesentlich höher sein, denn es gibt ja keine Meldepflicht für unbezahlte Überstunden. Wäre ja noch schöner, wenn die Banden der organisierten Kriminalität ihre Verfehlungen freiwillig melden würden.

klappen, um die Kalkulation nochmals durchzurechnen. Es macht Spaß, abends in der Kneipe mal kurz mit dem Kollegen aus Übersee zu chatten, um ein Problem gemeinsam zu lösen. Und da der arme Kapitalist ja nun nicht wirklich jede U-Bahn und die dazugehörige Station prüfen, Flughafenwartesäle checken oder

Ja, liebe Frau Nahles, ja, lieber Herr Heil. Wir brauchen Änderungen in der Gesetzeslage. Aber in unserem Interesse. Wie wäre es z.B. mit unbeschränkten Fehltagen bei kranken Kindern gegen Vorlage einer ärztlichen Bescheinigung. Z.B. mit Freistellung unter Fortzahlung der Bezüge bei häuslichen Notfällen gegen Vorlage eines Nachweises wie Montage- oder Servicebericht. Und nicht zuletzt zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Gesetzliche Arbeitszeitverkürzung jetzt! 30 Stunden sind mehr als genug!

„Home-Office, das klingt so modern. Dabei ist die Idee uralte. Schon vor Jahrhunderten stellten Fabrikanten ihren Mitarbeitern Baumwolle und Spinnräder in die Wohnungen und ließen sie dort schuften. So sparte sich der Unternehmer die Fabrik, und die Beschäftigten konnten sich in den Pausen um Haus und Hof kümmern. Im historischen Urteil hat sich eingebürgert, die Angelegenheit als systematische Ausbeutung der Arbeiter anzusehen.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. März 2017)

Wohin geht die gute alte Tante?

Im Februar hat der Parteivorstand der SPD sein Konzept für die Zukunft des Sozialstaats verkündet. Passiert ist seither nichts.

Sie arbeiten acht und mehr Stunden am Tag und haben am Monatsende keinen Cent mehr im Geldbeutel. Sie haben einen zweiten, „geringfügig“ entlohnten Job, um über die Runden zu kommen. Wenn sie erwerbslos werden, wartet Hartz IV. Rente? Um dann zu überleben, muss die Grundsicherung auf Hartz-Niveau beantragt werden. „Wer wenig verdient, hat vom deutschen Sozialstaat nicht viel zu erwarten – außer der Verpflichtung, ihn kräftig mitzufinanzieren“, so das Wochenmagazin *Der Spiegel* in einem Anflug von sozialem Gewissen.

17 Prozent der Kolleginnen und Kollegen waren 1995 im sogenannten Niedriglohnbereich erwerbstätig. 21 Jahre später, 2016, waren es 23 Prozent. „Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt“, biederte sich 2005 der gerne Brioni-Anzüge tragende, Havannas rauchende und Brunello saufende Gerhard Schröder, damals Parteivorsitzender der SPD und Bundeskanzler, den im luxuriösen Davos tagenden Kapitalisten an. Diese dankten es ihm mit Posten und Pöstchen sowie Mandaten als Rechtsanwalt.

Einige Bundestagswahlen später und nach einer damit einhergehenden Halbierung der SPD-Wählerstimmen von 20 Mio. (1998) auf 9,5 Mio. Stimmen (2017) sowie zum Teil verheerenden Wahlniederlagen in den Ländern (z.B. Bayern 2018: Mit 9,7 Prozent nur mehr fünfstärkste Kraft) stellt der SPD-Parteivorstand im Februar 2019 die Konzeption eines „neuen Sozialstaats für die neue Zeit“ vor. Arbeit, Solidarität und Menschlichkeit sollen künftig die bundesrepublikanische Gesellschaft auszeichnen. „Wir lassen Hartz IV hinter uns“, verkündet die Parteivorsitzende Andrea Nahles. Wirklich?

Folgt man einem Großteil der Medien und der politischen Konkurrenten, dann ja. Die christdemokratische Union wittert Systemkritik: Die SPD plane die Beerdigung der sozialen Marktwirtschaft. Mit ihrem Wunsch, wieder Wählerinnen und Wähler zu gewinnen, habe sie sich für einen strammen Linkskurs entschieden. „Die SPD will eine Rolle rückwärts machen. Das mag den Mitgliedern der Partei psychologisch nutzen, aber Deutschland dient die SPD damit nicht. Wir können in der Koalition jetzt nicht über alte Befindlichkeiten der SPD und ihre Aufarbeitung der Agenda-Politik von vor 15 Jahren sprechen. Hartz IV war zwar nicht so gut für die SPD, aber gut fürs Land“, geifert der Unternehmerringatte und Vorsitzende der Christsozialen, Söder. Und Alarmstimmung bei den Kapitalisten. Sie schwad-



Sorgenvolle und fragende Blicke in die Zukunft – Antworten der SPD gibt es nicht

ronieren von einer „Rolle rückwärts in ein sozialpolitisches Denken des letzten Jahrhunderts, das die Wirtschaft abwürgte und eine hohe Arbeitslosigkeit zur Folge hatte“. Welch ein Schwachsinn.

Es sind Forderungen dabei, die das Leben vieler Menschen verbessern würden – und für die andere schon seit Langem streiten. Ob die SPD sie ernsthaft umsetzen will, ist eine andere Frage. Immerhin ist sie seit 20 Jahren mit kurzer Unterbrechung an der Regierung und hätte einiges längst auf den Weg bringen können. Aber sehen wir genauer hin. Lässt die SPD Hartz IV wirklich hinter sich? Die kurze Antwort: Nein. Wer seine Erwerbsarbeit verliert, wird immer noch in die Armut gedrängt – nur langsamer als vorher. Und die Sanktionen werden nicht abgeschafft, sondern nur entschärft. Es ist zu wenig, was die Sozialdemokraten hier vorlegen.

Das sind die Pläne der SPD

Das geplante „Bürgergeld“ ist nur ein anderes Wort für Hartz IV mit kleinen Veränderungen: Vermögen und Wohnungsgröße sollen etwa für zwei Jahre nicht überprüft werden; vollständige Streichung der Gelder soll es nicht mehr geben; Bagatellrückforderungen sollen fallen gelassen werden. An der Höhe der Sätze ändert sich aber nichts. Auch Bedarfsgemeinschaften soll es weitergeben. Also weiter Armut per Gesetz.

Die SPD will den Mindestlohn „perspektivisch“ auf 12 Euro anheben. Aber: Das Kriterium für den Mindestlohn muss sein, dass er fürs Leben und eine Rente oberhalb

der Grundsicherung reicht. Laut Angaben der Bundesregierung (!) sind das 12,63 Euro. Ab 2020 kann die Forderung also nur sein: 13 Euro Mindestlohn!

Die SPD verspricht Tarifverträge zu stärken: Allgemeinverbindlichkeit zu erleichtern, tarifgebundene Betriebe steuerlich besserzustellen, die Vergabe öffentlicher Aufträge an Tarifverträge zu binden und einen Vergabemindestlohn von 12 Euro einzuführen. Dann mal los! Das könnte sie auch in den Landesregierungen sofort umsetzen.

Kein Wort verliert die SPD über die skandalösen Leiharbeitsverhältnisse, die schlicht und ergreifend als menschenunwürdig verboten werden müssen. Kein Wort verliert die SPD über die Finanzierung. Wie wäre es mit der Einführung einer Vermögenssteuer für die Milliardäre dieses Landes oder mit der Erhöhung des Spitzensteuersatzes ab einem Jahreseinkommen von z.B. 250.000 Euro?

Wann will die SPD mit der Umsetzung starten? Sofort? Später? Klar muss den Genossinnen und Genossen sein, dass den Worten Taten folgen müssen, um nicht den letzten Funken Glaubwürdigkeit zu verlieren. Niemand hindert die SPD, mit gesetzgeberischen Initiativen jetzt zu beginnen.

Die arbeitenden Menschen können nicht mehr länger auf eine Verbesserung ihrer Lebenssituation warten. Jetzt den „neuen Sozialstaat“ zu einem Kriterium für die Weiterführung der Großen Koalition zu machen, ist dringend notwendig. Die Unterstützung der Millionen Benachteiligten wäre ihnen sicher. ■RW

Die europäische Idee und deutsches Großmachtstreben

Die EU ist im Kern nichts anderes als ein nationalistisches Projekt des deutschen Imperialismus.

Seitdem Kräfte der äußersten Rechten wie die AfD in der BRD oder die Rassemblement National (auf Deutsch Nationale Sammlungsbewegung) in Frankreich zunehmend mit ihren rassistischen und gegen die EU gerichteten Haltungen erstarren, meinen viele demokratische Kräfte, sich zu Europa bekennen zu müssen als Gegengewicht gegen Rassismus und Nationalismus. So warf Verena di Pasquale, stellvertretende Vorsitzende des DGB in Bayern, am 1. Mai den „Rechtspopulisten und Nationalisten“ in Europa vor, „... die europäische Idee zu zerstören! Das müssen wir verhindern! Wir setzen uns ein für ein offenes, ein gerechtes, ein solidarische Europa!“ Doch auch ein Herr Seehofer, bundesdeutscher Innenminister und CSU, behauptet von sich „mit allen Poren Europäer“¹ zu sein. Wie passt das zusammen? Was hat es mit dieser europäischen Idee auf sich?

Die Wurzeln der Europaideen

Sie haben in Deutschland ihre Wurzeln in einer Zeit vor über hundert Jahren. Damals stellten die großen deutschen Monopole wie Siemens, BASF oder Krupp und Thyssen und ihre politischen Handlanger in Regierung und Parlament fest, dass ihnen das Deutsche Reich zu klein geworden ist für ihren Drang nach Expansion und Profit. Es begann eine Flut von mehr oder weniger offen aggressiven Plänen zur Schaffung eines Europas, das den Bedürfnissen des deutschen Kapitals Genüge tat. Die einen strebten gleich ein „deutsches Europa“ an, andere formulierten das vorsichtiger. Wie der Reichskanzler Bethmann-Hollweg, der 1914 einen Verbund verschiedener europäischer Staaten forderte. „Dieser Verbund, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß

die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren“, so Bethmann-Hollweg.² Letzteres allerdings war bereits eine Richtlinie für die zu erreichenden Kriegsziele. Die Pläne eines Europa als erweiterter Absatzmarkt und Machtbasis für das deutsche Kapital, um es mit den großen Weltmächten aufnehmen zu können, mündeten in zwei Weltkriegen, einer verheerender und verbrecherischer als der andere. Beide Kriege endeten mit einer Niederlage. Doch da die Macht der Monopolherren nicht gebrochen, Grund, Boden und Fabriken in ihren Händen blieben, blieb auch das Ziel.

Kontinuität deutscher Europaziele

Im Herbst 1944, als die Niederlage absehbar war, schrieb ein Herr Dr. Richard Riedl, Aufsichtsratsvorsitzender einer IG-Farben-Tochter, ein Papier als Grundlage für Friedensverhandlungen mit den imperialistischen Siegermächten mit dem Titel: „Weg zu Europa. Gedanken über ein Wirtschaftsbündnis Europäischer Staaten“. Während Europa noch unter den Schlachten ächzte, jüdische Menschen massenweise mit den Giftgasen ermordet wurden, mit denen IG-Farben ihren Profit in die Höhe trieben, plante jener Herr in zivilisierten Worten die spätere EWG und dann EU voraus mit dem Ziel eines „... europäischen Großraums, der die Voraussetzungen für seine wirtschaftliche, politische und kulturelle Behauptung inmitten der anderen Mächte in sich trägt ...“³

Die Herrschenden in Frankreich wiederum versprachen sich nach der Kapitulation des Deutschen Reiches von einem solchen Bündnis eine Eindämmung des nun zwar geschwächten, aber gefährlichen Nachbarn. Zudem sahen sie darin ebenfalls eine Möglichkeit, dem nun größten imperialistischen Staat, den USA, etwas entgegenzusetzen. Und so begann 1951 mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl die Geschichte der EU – zum Nutzen des deutschen Imperialismus. Westdeutschland wurde bereits in den 1960er Jahren wieder zum wirtschaftlich stärksten Staat in Europa. Und mit der Einverleibung der DDR 1990 auch zum größten.

Eine EU, die deutschen Wünschen entspricht

Der damalige Außenminister Kinkel von der FDP knüpfte unverhohlen an ehemalige Kriegsziele an. Er erklärte 1993 in der FAZ, worum es, wie in der Vergangenheit, zukünftig gehen soll: „... Nach außen gilt es etwas zu vollbringen, woran wir zweimal zuvor gescheitert sind: im Einklang mit

unseren Nachbarn zu einer Rolle zu finden, die unseren Wünschen und unserem Potential entspricht.“⁴ Seitdem konnten die politischen Vertreter der Monopole in teils heftigen Auseinandersetzungen mit den „Bündnispartnern“ Schritt für Schritt weiter durchsetzen, was deutschen Wünschen entsprach. Ob die Osterweiterung der EU, eine Stimmengewichtung im Europäischen Rat zu Gunsten des deutschen Imperialismus oder die Stabilitätskriterien für den Euro. Die EU wurde seitdem zu einer Frage von „Krieg und Frieden“ erklärt, was ja nichts anderes ist, als eine versteckte Drohung an die anderen EU-Staaten, den Wünschen der deutschen Vertreter auch entgegenzukommen.

Seit der Krise ab 2008 regierte der deutsche Imperialismus über die EU dann unmittelbar in die Länder wie z.B. Griechenland hinein. Heute scheut sich keiner mehr, offen von der deutschen „Führungsmacht Europas“ zu sprechen. Und es ist auch kein Geheimnis, dass es die deutsche Wirtschaft ist, die am meisten von dieser EU profitiert. Gerechtigkeit? Solidarität?

Oder gar Garant gegen Nationalismus und Konkurrenzkampf, Faschismus und Krieg? Die EU ist im Kern nichts anderes als ein nationalistisches Projekt des deutschen Imperialismus, auch dann, wenn keine offen nationalistischen Parolen gebrüllt werden. Diese braucht man, wenn die Widersprüche zunehmen und die Dinge nicht so laufen, wie es „deutschen Wünschen“ entspricht.

Gleichzeitig erzeugt die EU mit ihrer deutschen Führungsmacht zwangsläufig den Widerstand gegen sie in den anderen Ländern, vor allem in den kleinen, deren Souveränität längst nur mehr auf dem Papier steht. Deren Industrie zunehmend vernichtet wird, weil v.a. deutsche Waren das Land überschwemmen. So schürt die europäische Idee in Gestalt der EU den Nationalismus, den sie doch vorgibt zu bekämpfen.

Wir müssen also hier in Deutschland Nationalismus, Rassismus und faschistischer Gefahr entgegentreten. Damit unterstützen wir auch am besten die demokratischen Kräfte in den anderen Staaten. Und jeder Gewerkschafter sollte wissen, dass Solidarität bedeutet, gemeinsam den Kampf zu führen. ■gr

1 In einem Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung vom 20. April 2019

2 Kriegsziel-Richtlinien des Reichskanzlers Bethmann-Hollweg vom 9. September 1914 in: Reinhard Opitz (Hg.): Europastrategien des deutschen Kapitals, S.217

3 „Weg zu Europa. Gedanken über ein Wirtschaftsbündnis Europäischer Staaten“, in: Reinhard Opitz (Hg.): Europastrategien des deutschen Kapitals, a.a.O., S.991

4 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. März 1993

Konferenz »Der Hauptfeind steht im eigenen Land«

30. Mai bis 2. Juni 2019

Mehringhof · Gneisenaustraße 2a · Berlin

Schwerpunktthema:

»Und weil der Mensch ein Mensch ist ...«
Einheitsfront der Arbeiter und demokratische Bündnisse: warum und wie?

Referenten: Jörg Kronauer, Heinz Karl, Erika Wehling-Pangerl, Kurt Baumann, Jürgen Lloyd, Günter Benser u.a.

Infos: www.gegen-den-hauptfeind.de

Veranstalter: in Medienkooperation
Internetplattform mit der Tageszeitung
Secarts.org »junge Welt«

WWW.SECARTS.ORG

jungeWelt

Ist die Europäische Union wirklich ein Friedensprojekt?

PESCO dient deutschen Kriegsstrategien als Sprungbrett für mehr Beteiligung an Kriegen.



Vor zwei Jahren beschlossen 23 EU-Staaten unter deutsch-französischer Führung eine EU-Verteidigungsgemeinschaft, auch PESCO (Permanent Structured Cooperation) genannt. Bislang wird uns die europäische Einigung gern als Friedensprojekt verkauft. Mit PESCO werden Kriege vorbereitet.

Kriegsministerin Von der Leyen möchte ganz offen eine „Armee der Europäer“ aufbauen und bestätigte in diesem Zusammenhang, dass einer der Grundgedanken der Europäischen Gemeinschaft ein gemeinsames Militär gewesen sei. Mit dieser Absicht

verpflichtete man die Mitgliedsstaaten zu höheren Verteidigungsausgaben. Ein lang ersehnter deutsch-französischer Traum, den USA die Stirn zu bieten.

Der damalige Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) sprach vom „großen Schritt in Richtung Selbständigkeit und Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU“. Dies bedeutete, der USA als Militärmacht entgegenzuhalten, aber auch gleichzeitig in Kriegskonflikten auf der ganzen Welt immer mehr mitzuwirken. Vor allem für die deutschen Kriegsstrategien dient die PESCO als Sprungbrett für mehr Beteiligung an Kriegen.

Europa der Kriegsmonopole

Vor allem hat die Gründung einer EU-Verteidigungsgemeinschaft neue Wege für die deutschen Waffenexporteure geschaffen, um mehr Märkte zu finden. Zum Beispiel werden Waffenexporte an Staaten wie

Saudi-Arabien sich vermehren, die dazu beitragen, Kriegsgebiete wie Syrien weiter zu destabilisieren.

Aber auch im deutsch-französischen Geheimpapier vom Februar wurden Waffenexporte mit gegenseitigen Zugeständnissen neu geregelt. Trotz widersprüchlicher Interessen beider Staaten einigte man sich auf eine gemeinsame Kooperation der Kriegsindustrie. Das Abkommen dient als Ergänzung zum neuen deutsch-französischen Vertrag, den Kanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron Ende Januar in Aachen unterzeichneten. Man wolle „gemeinsame Regeln für den Verkauf von Rüstungskoooperationen finden“, so heißt es im Vertrag.

Mitte März machte Merkel Frankreich einen Vorschlag für ein gemeinsames europäisches Flugzeugträgerprojekt. (Zum Vergleich: der jüngste Flugzeugträger der USA kostete 18 Mrd. Dollar) Der Flugzeugträger soll für deutsch-französische Militärzwecke dienen und damit Deutschland einen möglichen Zugang zum Mittelmeer schaffen. Während die Gewerkschaften in Europa für faire Renten und bessere Löhne kämpfen – wie z.B. in Frankreich die Gelbwesten-Proteste –, sollen weitere Milliarden Euro in die Kriegsindustrie fließen, um damit mehr Kriege, Ausbeutung und Elend zu schaffen.

Trotz aller Widersprüche ist die EU aufs Engste mit dem Kriegsbündnis NATO verbunden. Die EU führt gemeinsam mit der NATO die Aggressionen gegen Russland und China an und verschärft damit die Kriegsgefahr auf der gesamten Welt.

Die EU hat mit ihrer Politik, die Ukraine per Assoziierungsabkommen in den westlichen Einflussbereich zu bringen, erheblich zu dieser Zuspitzung beigetragen und ist gemeinsam mit den US-Regierungen verantwortlich für den rechten Putsch und den Krieg in der Ukraine.

Und das mitten in Europa! ■ IO



Die DKP sagt Nein zur Europäischen Union!

Patrik Köbele, der Vorsitzende der Deutschen Kommunistischen Partei, stellt in einem Interview fest, „dass die EU weder ein Friedensgarant noch ein Projekt der Völkerverständigung ist. Im Gegenteil, die EU steht für die wachsende Kriegsgefahr in Europa. Sie ist ein Projekt vor allem der deutschen und französischen Banken und Konzerne, der Monopole. Sie steht gemeinsam mit der NATO für massive Aufrüstung und kriegerische Aggression gegen Russland und China. Die EU steht für Sozial- und Grundrechteabbau.“ Die **DKP** führt einen Friedenswahlkampf und **kandidiert am 26. Mai 2019** zu den EU-Wahlen, um den Widerstand gegen Krieg, Sozial- und Demokratieabbau in diesem Land zu stärken und dem Widerstand gegen die EU eine fortschrittliche Stimme zu geben, damit die EU überwunden wird.



Was vor 100 Jahren möglich war, sollten wir nicht vergessen!

An dieser Säule in Giesing an der Tegernseer Landstraße hat die DKP München Anfang Mai eine Gedenkfeier abgehalten und mit Giesingern über die Ereignisse vor genau 100 Jahren gesprochen.

Die „Weißen Garden“, die damals Jagd auf alles machten, was nach Arbeiter aussah, mussten sich Straße um Straße, Haus um Haus erkämpfen, weil die Giesinger die Räterepublik verteidigten. Sie verteidigten die Maßnahmen gegen die Wohnungsnot, für höhere Löhne und für ärztliche Versorgung – das hatte vorher noch keine Regierung geschafft. Der Hass der Konterrevolution war grenzenlos: alleine in der ersten Maiwoche 1919 wurden 557 Menschen ermordet (nach amtlichen Angaben), davon in Giesing 61. Die rechten Freikorps machten sich breit, München wurde binnen weniger Jahre ein Aufmarschgebiet der Nazis.

Meine Tageszeitung meldet, dass Außenminister Maas auf der Tagung des UN-Sicherheitsrates am 2. April 2019 einen „Fahrplan für atomare Abrüstung“ vorgestellt hat. Ich frage mich: Warum hat Deutschland, wie alle anderen Nato-Staaten, dem Abkommen zum Verbot aller Atomwaffen in 2017, für das 122 von 193 UN-Mitgliedern votiert haben, bis heute nicht zugestimmt? Ich frage mich: Warum lässt die deutsche Regierung die Lagerung von 20 US-Atomsprengekörpern mit der vielfachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe in Büchel zu? ■rh



Veddel ist eines der ärmsten Viertel Hamburgs. So wird dort die Armut verhöhnt: In einer Kunstaktion bekamen die Hartzer eine der Hausfassaden mit Blattgold belegt, 85.000 Euro. Fußballdeppen fressen vergoldete Steaks je 1.200 Euro. Andere Arschlöcher lassen ihren Porsche vergolden. Die Elbphilharmonie kostete 700 Millionen. Gold den Hütten? Enteignet die Paläste! (entdeckt von meinem Enkel in der Kinder-SZ vom 13. April) ■krn



- Ich will die ~~AufDraht~~ gerne regelmäßig bekommen – bitte schickt mir immer die neue Ausgabe!
- Ich will die DKP kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!
- Ich will die Gruppe KAZ kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!

Vorname und Name

Tel.:

Straße, Postleitzahl und Wohnort

eMail:

Bitte einsenden an: Auf Draht • c/o Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München